

Ercheint wöchenlich
einmal: Freitag.
Anzeigen: Die fünfspaltige
Beitseite 40 Pf.
Für die Ortsvereine 10 Pf.
Im Abonnement nach
Nebereinkunft.
Schluß der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement
vierteljährlich 1.— Mark
bei jedem Postamt und in der
Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungspreisliste.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O. 55,
Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (s.-v.)

Nr. 11

Berlin, den 14. März 1913

24. Jahrg.

Fernsprech - Amt
Königsstadt, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an E. Bleicher, Greifswalder Straße 221/23,
Geldsendungen an W. Zieme, Greifswalder Straße 221/23, zu adressieren.

Fernsprech - Amt
Königsstadt, 4720

Inhaltsverzeichnis. Ohne Kampf! — Die Arbeiterbewegung von 1848. — Beiträge zur Frage der Arbeitssicherungsversicherung. — Unterstützt die Jugend! — Rundschau: Zur Tarifbewegung im Malergewerbe. Württembergische Landesversammlung. Genossen, meidet den Schnaps! Mehr als eine Million Krankenassenmitglieder in Groß-Berlin. — Feuilleton: Neue Patente auf dem Gebiete der Holzverarbeitung. — Patentchau. — Aus den Ortsvereinen: Ansbach. Berlin. Saarbrücken. Lohnbewegung. — Literatur: Briefkasten. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

Ohne Kampf!

Seit einer Reihe von Jahren wurde sowohl bei Arbeitgebern wie bei Arbeitnehmern in der Holzindustrie damit gerechnet, daß ein großer Entscheidungskampf entbrennen würde. Das Jahr 1913 galt allgemein als das Jahr, in welchem dieser Interessentkampf ausgefochten werden sollte. Auf beiden Seiten wurde fortwährend gerüstet, um gewappnet zu sein, sollte dieser Moment eintreten.

Inbesondere auf Arbeitgeberseite waren eine größere Anzahl von Scharfmachern nur von dem einen Gedanken befeelt, die Kräfte der Arbeiterorganisationen zu schwächen und dadurch die Organisation aktionsunfähig zu machen. Die Arbeiter durchschauten den ganzen Plan und trafen ihre Gegenmaßnahmen. Je näher der Zeitpunkt des Tarifablaufes 1913 heranrückte, desto mehr wurde auf beiden Seiten an der Vervollendung der Rüstungen gearbeitet. Wir wollen all die Phasen dieser auf das äußerste angespannten Tätigkeit nicht wiederholen, da sie unseren Kollegen noch gut in der Erinnerung sein dürften. Bis zum letzten Moment dieser abwechslungsreichen Tarifbewegung war nicht mit Bestimmtheit vorzusagen, welchen Ausgang dieselbe nehmen wird. Voller vier Monate wurden gebraucht, um endlich mit einiger Sicherheit sagen zu können, diese Tarifbewegung wird unblutig, d. h. ohne Kampf erledigt werden.

Das Resultat über die zentralen Verhandlungen in Berlin haben wir in der letzten Nummer soweit als möglich gegeben. Bis dahin waren erledigt die Städte Barmen, Deuthen, Rattowitz, Königs- hütte, Gleiwitz, Bromberg, Danzig, Darmstadt, Dresden, Eberswalde, Erfurt, Görlitz, Göttingen, Greifswald, Hildesheim, Langensöls, Leipzig, Linde- burg, München, Posen, Rendsburg, Schwerin, Spandau, Thorn, Uelzen, Zeitz, Zittau, Groß-Schönau. Inzwischen wurde weiter verhandelt und in folgenden Städten noch eine Einigung erzielt: Brandenburg, Braunschweig, Burg, Guben, Halle, Hannover, Harburg, Höchst, Kiel, Lübbenau, Lübeck, Lucken- walde, Magdeburg, Meisse, Oldenburg, Potsdam und Stargard. Nicht einzig waren bis Freitag Abend die Orte Berlin u. Borowie, Cöln a. Rh., Orefeld, Düsseldorf und Stettin. In diesen Städten soll örtlich weiter verhandelt bzw. die noch vorhan- denen Streitpunkte den Zentralvorständen zur Er- ledigung überwiesen werden.

Damit sind wir zwar noch nicht am Ende unserer Bewegung, da noch die Zustimmung der örtlichen Parteien abgewartet werden muß. Aber das glauben wir doch sagen zu können: Größere Kämpfe sind in der Holzindustrie aus dieser Bewegung nicht mehr zu erwarten. Sollte wirklich da und dort eine Schlichtung zwischen den Parteien nicht möglich sein, so ist doch nicht anzunehmen, daß dadurch noch einmal das schwierige, bis jetzt geleistete Einigungswerk in die Brüche gehen würde. Doch darf unvorhergesehen gesagt werden, die Städtevertreter, die in Berlin für ihre Orte verhandelt haben, sind vielfach erst nach tagelanger, angestrengtester Arbeit zu gegenseitiger Ver- ständigung gekommen. Wir glauben auch weiter dem Gedanken Ausdruck verleihen zu dürfen, daß wenn an den einzelnen Orten verhandelt werden wäre, wir nicht in der Lage sein würden, das oben wiedergegebene Resultat veröffentlicht zu können. Weil, das muß auch einmal zum Ausdruck gebracht werden, bei den örtlichen Verhandlungen zu sehr der Druck der Meinungen der örtlichen Kollegenschaft auf der Verhandlungskommission lastet, und so die Arbeiten unproduktiv gestaltet. Dies trifft nicht auf die Arbeitgeber wie auf die Arbeit- nehmer zu.

Wichtig, die Verantwortung für die Mitglieder- Verhandlungskommission oder um den schon usuel gewordenen Ausdruck der Städtevertreter zu ge-

brauchen ist größer, als wenn am Vertragsorte selbst verhandelt wird. Dort wird jeden Augenblick, selbst bei untergeordneten Fragen, immer wieder die Ansicht der Parteien eingeholt, was not- wendigweise die Vertragsverhandlungen ver- schleppen muß. Hier aber ist jeder auf sich selbst gestellt um nach bestem Wissen und Gewissen die Interessen seiner Kollegen zu vertreten. Diese große Verantwortung, die den Städtevertretern bei zentralen Verhandlungen aufgeladen wird, äußert sich aber auch nachher darin, daß diese Vertreter die Not- wendigkeit des neuen Vertrages ihren Auftraggebern in überzeugender Weise darstellen können, weil jede Position, worüber oft stunden- und tagelang ge- kämpft wurde, ihnen in Fleisch und Blut über- gegangen ist und so die Annahme des abgeschlossenen Vertrages sichert.

Deshalb glauben wir auch, daß ernsthafte Differenzen in jenen Orten, wo eine Einigung bei den zentralen Verhandlungen erzielt wurde, nicht entstehen dürften, ja daß sogar auch in den anderen Orten die gegenwärtige Tarifbewegung sich ohne Kampf abwickelt.

Das Verdienst, einen schweren Kampf in einer der Hauptindustrien Deutschlands verhütet zu haben, gebührt aber einem Manne, der in wenigen Wochen seinen 70. Geburtstag feiert. Es ist der Staats- minister Freiherr von Berlepsch, der in aufopferungs- reicher Tätigkeit die Parteien im deutschen Holz- gewerbe einander nicht nur näher gebracht, sondern durch seinen weisen und gerechten Schiedspruch zur Einigung geführt hat. Millionen von Mark an deutschem Nationalvermögen sind durch die Ver- hütung dieses, wie es schien, unvermeidlichen Kampfes gespart worden. Freiherr von Berlepsch hat durch diese seine Tat ein weiteres Lorbeerblatt in seinem Ruhmeskranz, der Erkämpfung sozialer Fürsorge für die deutsche Arbeiterschaft, geflochten. Deshalb wollen auch wir nicht zurückstehen bei der Berlepsch- spende und die uns angebotenen Marken kaufen um den zum 70. Geburtstag des edlen Menschen- freundes ins Leben zu rufenden Berlepschfonds nach Kräften zu stärken. Wir können dies um so eher tun, als der Berlepschfonds zu Zwecken weiterer Ar- beiten für die Sozialpolitik Verwendung finden soll.

Die Arbeiterbewegung von 1848.

Neben der mit großem Aufwand von der Re- gierung in die Wege geleiteten Zentenarfeier der Freiheitskriege lehrt alljährlich auch die Erinnerung an die Volkserhebung im März 1848 wieder. Der Befreiungskampf von 1813 sowohl als auch die Volkserhebung von 1848 entstanden aus gleichen Ursachen und hatten ihre Wurzel in dem absoluten Regierungssystem und der politischen Entrechtung des Volkes. Die Kämpfe galten daher zunächst der Er- langung einer verfassungsmäßigen Mitarbeit des Volkes an der Regierung und der Gesetzgebung. Nachdem die Gewalt des stolzen Korjen Napoleon über Preußen—Deutschland gebrochen war, erwartete das Volk sehnsüchtig die versprochene Verfassung. Die Freiheitskämpfer sollten jedoch eine große Ent- täuschung erleben. König Friedrich Wilhelm III. führte sein absolutes Regierungssystem unbeschränkt weiter und dachte gar nicht daran, sein dem Volke am 22. Mai 1815 gegebenes Versprechen nach einer Verfassung einzulösen. Eine Kommission des Königs sollte eine Verfassung ausarbeiten. Die inzwischen von Stein und Hardenberg erlassenen Reformen, wie die Befreiung der Bauern von der Leibeigen- schaft und die Städteordnung, haben jedoch in den Kreisen des Adels und der Behörden soviel Unzu- friedenheit und Unruhe erregt, daß es der König diesen Personen zu Liebe unterließ, dem Lande noch eine Verfassung zu geben.

Nach jahrelangen inneren politischen Kämpfen berief der König im Februar 1847 den vereinigten Landtag für den 11. April nach Berlin ein. Fried- rich Wilhelm III. war 1840 gestorben und sein Nach- folger in der Regierung, Friedrich Wilhelm IV., glaubte damit das Versprechen seines Vaters erfüllt zu haben.

Wie sah aber dieser Landtag aus? Er wurde gleich in zwei „Häuser“ geteilt: In ein sogenanntes Herrenhaus, bestehend aus den königlichen Prinzen, aus Fürsten, Grafen und reichsunmittelbaren Herren;

ein Dreiständehaus, gebildet von 231 Vertretern der Ritterschaft, 182 Vertretern der Bürgerschaft großer Städte und zirka 120 Vertretern der Bauern. Jene- welche freiheitliche Gesetze konnte das Volk von diesem „Parlament“ natürlich nicht erwarten. Es mußten andere Wege eingeschlagen werden. Was jedoch nach dieser Richtung hin auf politischem Ge- biete weiter unternommen wurde, soll hier nicht ge- schildert werden. Nur als Einleitung zu den nach- folgenden Ausführungen waren diese geschichtlichen Einblicke notwendig, um die 1848er Arbeiterbewe- gung in ihren Ursachen besser verstehen zu können.

Neben den vergeblichen Bemühungen der frei- heitlich gesinnten Bevölkerung nach einem ver- fassungsmäßigen Zustande waren es noch andere Fesseln gewesen, welche das gedrückte Volk in ihrer Bewegungs- und Meinungsfreiheit hemmten. Die 39 deutschen Fürsten, welche in dem Gebiete des heutigen Deutschen Reiches zu jener Zeit ihre absolute Herrschergewalt ausübten, unterhielten einen sogenannten Bundestag, welcher in Frankfurt a. M. tagte. Die auf diesem Bundestage anwesenden Vertreter der deutschen Fürsten hatten bereits schon 1840 beschlossen, für die reisenden Handwerksge- sellen Wanderbücher einzuführen. Jede Strafe, welche sie wegen irgendeinem geschwädigen Vergehen erhalten haben, mußte darin eingetragen werden. Dadurch wurde der Geselle für immer gekennzeichnet und hatte außerdem noch zu gewärtigen, daß er unter geeignete Aufsicht gestellt wurde. Da mit solchen Mitteln den organisierten Verbindungen der Hand- werksgefallen nicht beizukommen war, erließ die preußische Regierung schärfere Maßnahmen. Sie führte in der Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 das Koalitionsverbot für Arbeitgeber wie für die Arbeitnehmer ein. Der § 183 bestimmte, daß die Bildung von Verbindungen unter Fabrikarbeitern, Gesellen, Gehilfen und Lehrlingen ohne polizeiliche Erlaubnis verboten ist. Des Volkes Wille war je- doch stärker als alle Staatsgewalt. Als in der Nacht vom 18. zum 19. März 1848 die niederge- haltene Verbitterung zum offenen Durchbruch kam, war auch für die Arbeiterschaft selbst das Zeichen zum Aufbruch gegeben. Bereits am 6. April fand die erste Arbeiterversammlung in Berlin statt. Am 19. April bildete sich ein Komitee, das die Organi- sierung der Lohnarbeiter in die Wege leiten sollte. Die „Arbeiterverbüderung“ wurde gegründet, die erste Arbeiterorganisation mit zentraler Verwaltung. Ihre vornehmste Aufgabe bestand zunächst darin, sich an den Wahlen zur preußischen verfassung- gebenden Versammlung zu beteiligen. Andererseits hatte sie auch die Pflicht, die Wünsche der Arbeiter- schaft an die preußische Nationalversammlung und an das Frankfurter Parlament gelangen zu lassen. Was die Arbeiterschaft verlangte, wurde in folgenden 13 Forderungen zusammengefaßt:

1. Bestimmung des Minimums des Arbeitslohnes und der Arbeitszeit durch Kommissionen von Ar- beitern und Meistern oder Arbeitgeber.
2. Verbindung der Arbeiter zur Aufrechterhaltung des festgesetzten Lohnes.
3. Aufhebung der indirekten Steuern, Einführung progressiver Einkommensteuer mit Steuerfreiheit der- jenigen, die nur das Nötigste zum Leben haben.
4. Der Staat übernimmt den unentgeltlichen Unterricht und, wo es nötig ist, die unentgeltliche Erziehung der Jugend mit Berücksichtigung ihrer Fähigkeiten.
5. Unentgeltliche Volksbibliotheken.
6. Regelung der Zahl der Lehrlinge, welche ein Meister halten darf.
7. Aufhebung aller für das Reisen der Arbeiter gegebenen Ausnahmegeetze, namentlich der in den Wanderbüchern ausgesprochenen.
8. Herabsetzung der Wählbarkeit für die preußische Kammer auf das 24. Jahr.
9. Beschäftigung der Arbeitslosen in Staatsan- stalten, und zwar sorgt der Staat für eine ihren menschlichen Bedürfnissen angemessene Existenz.
10. Einrichtung von Musterwerkstätten durch den Staat und Erweiterung der schon bestehenden öffent- lichen Kunstanstalten zur Veranbildung tüchtiger Arbeiter.
11. Der Staat versorgt alle Hilflosen, also auch alle Invaliden der Arbeit.
12. Allgemeine Heimatsberechtigung und Frei- zügigkeit.

13. Schranken gegen Beamtenwillkür in bezug auf die Arbeitsleute. Dieselben können nur durch das entscheidende Urteil einer Kommission von ihren Stellen entlassen werden.

Diesen Forderungen gab das Zentralkomitee auch eine eingehende Begründung. Allgemein heißt es darin: „Wir fühlen den Hauch der Freiheit um uns, unser Herz, unser Mut erhebt sich, unsere Pulse schlagen kräftiger; es gibt keinen Feind, den wir nicht überwältigen könnten, das Elend, die Not, derummer, die Sorgen, sie schwinden vor einem erhabenerem Gefühl, dem der Stärke, der Unabhängigkeit; wir haben den Mut der Ausdauer, uns, unsere Kinder zu trösten, denn uns winkt ja eine Zukunft, eine glänzende bessere Zukunft, uns winkt die Tage der Freiheit!“

Klingen manche der Forderungen auch etwas radikal, so enthalten sie doch nur das, was die Arbeiterschaft nach der jahrzehntelangen Niederhaltung als niederdrückend und schädigend empfunden hat. Von Arbeiterschutz war natürlich keine Rede und die schrankenlose Ausbeutung der Männer-, Frauen- und auch Kinderarbeit mußte zu einer Gefahr für die Zukunft der Nation werden. Deshalb auch der Rostschrei, welcher in den schwungvollen Worten der Begründung zu den Forderungen zum Ausdruck gekommen ist.

In der ersten Zeit des Bestehens der „Arbeiterverbrüderung“ ließ die Regierung der Agitation freien Lauf, wodurch es möglich wurde, daß sich die Verbrüderung ansehnlich entwickeln konnte. In den Tagen vom 23. August bis 3. September 1848 trat der erste Arbeiterkongreß in Berlin zusammen. 40 Delegierte von 35 Ortsvereinen waren auf demselben anwesend. Unter den Teilnehmern waren die Tischler mit 4 Personen von allen anderen Berufen am zahlreichsten vertreten. Was die Beschlüsse dieses Kongresses anbelangt, so gehen dieselben noch weit über die ersten Forderungen des Zentralkomitees an die Nationalversammlung hinaus. Die 34 Paragraphen des dritten Teiles des Manifestes handeln von der Staatshilfe, und ist es unmöglich, dieselben hier auch nur auszugsweise wiederzugeben.

Neben dem Berliner Kongreß tagte für Süddeutschland noch eine Parallelversammlung in Frankfurt a. Main. Wenn man die Tendenz dieses Arbeiterkongresses aus ihren Beschlüssen herleiten soll, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß er in mancher Beziehung liberaler war als der Berliner. Tatsache ist es ja auch, daß die Frankfurter Nationalversammlung den Wünschen der norddeutschen Arbeiter weniger günstig zugetan war. Trotz der eingehenden Formulierung aller Forderungen des Berliner Arbeiterkongresses wurde diese Arbeit von den Süddeutschen noch weit übertroffen. Es muß hierbei eingeschaltet werden, daß der Frankfurter Arbeiterkongreß während der Monate Juli, August und September tagte und demnach auch genügend Zeit fand, gründliche Arbeit zu leisten. Besonders wertvoll erscheint uns die Denkschrift zu sein, welche der Frankfurter Kongreß über den Entwurf einer allgemeinen deutschen Gewerbeordnung verfaßte und der Nationalversammlung überreichte. Infolge der verschiedenen Auffassung mancher sozialpolitischer Forderungen kam es zwischen den beiden Richtungen, und zwar der „Arbeiterverbrüderung“ und des in Frankfurt a. M. gegründeten „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ zu scharfen Auseinandersetzungen. Die noch heute vorhandenen Gegensätze zwischen Nord- und Süddeutschland waren also bereits früher schon vorhanden, und es gelang nicht, eine Ein-

gung zu erzielen. Doch lang war die Freude der beiden Organisationen nicht. Die Reaktion aus vorwärtlicher Zeit flammte wieder empor und vernichtete die Grundmauern, auf welchen die zukünftige Arbeiterbewegung errichtet werden sollte.

Was die 1848er Arbeiterbewegung in organisatorischer und reformerischer Beziehung hervorragendes geleistet hat, das wollen wir dankbar anerkennen. Und wenn es nicht gelang, dauerndes zu schaffen, so lag es an den politischen Zuständen. Wir haben also auch Ursache, neben den Kämpfen auf den Barrikaden auch derjenigen Männer zu gedenken, welche im Jahre 1848 den Mut fanden, die deutsche Arbeiterschaft zu sammeln und darüber zu beraten, wie einem gedrückten Stande geholfen wird.

Beiträge zur Frage der Arbeitslosenversicherung.

Von F. Lauer, Vorstand des hiesigen Arbeitsamts Freiburg im Breisgau.

II.

Man darf wohl sagen, daß in keiner anderen Weise der einzelne Arbeitssuchende so genau nach seiner besonderen Arbeitslosigkeitsgefahr besteuert wird, wie es durch den Pflichtbeitrag geschehen könnte. Gleichviel, ob er nun den Weg benützt, durch freiwilligen Kauf von Versicherungsmarken die Bezugsberechtigung früher zu erlangen oder nicht, so wird er doch mit der Zeit durch den Pflichtbeitrag allein bezugsberechtigt. Ganz besonders aber würde die Einrichtung einen Versicherungscharakter annehmen dadurch, daß alle Arbeit- und Stellen-suchenden mit ihren Pflichtbeiträgen zur Versicherung beitragen müßten, also auch die Gruppen, für die nur eine geringe Gefahr Arbeitslosigkeit besteht, z. B. weibliches Personal, Hauspersonal, dann aber auch die ortsfremden Arbeitssuchenden, die für ihre Einschreibe- oder Versicherungsgebühr als Gegenleistung die Dienste des Arbeitsnachweises in Anspruch nehmen.

Eine gemeindliche Arbeitslosenversicherung, auf dieser Grundlage aufgebaut, würde viele Einwände, die heute gegen Zuschüsse und Unterstützungssysteme erhoben werden, hinfällig machen. Denn sie würden keinen Unterschied zwischen Organisierten und Nichtorganisierten kennen, von einer Besteuerung der Fleißigen und Tüchtigen zugunsten der Minder-tüchtigen könnte nicht gesprochen werden. Einer Gefährdung der Klasse wäre durch Gefahrenklassen vorgebeugt. Der Schwerpunkt aber läge darin, daß es damit gelingen würde, vorwiegend diejenigen Gruppen, die bisher nicht in eine Versicherung einbezogen werden konnten, mit einer Beitragsleistung heranzuziehen und sie dadurch gewissermaßen zu zwingen, sich gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu schützen. Man wird vielleicht noch einwenden, daß es unmöglich ist, jedem Arbeiter beim jedesmaligen Arbeitsaufsuchen die Versicherungsgebühr abzunehmen. Auch dafür bietet die Praxis heute schon Beispiele, indem die Einschreibegebühr Gültigkeit für die Benutzung des Arbeitsnachweises auf eine bestimmte Zeit erhält. Zum Beispiel müßte für einen Tagelöhner die Einschreibegebühr für den Zeitraum einer Woche Geltung haben, so daß ein Arbeiter bei einer Gebühr von 20 Pf. die Woche 80 Pf. den Monat oder 9,60 M. im Jahr an Versicherungs-gebühren bezahlen würde.

Ein anderer Gedanke, der allerdings nur mit Hilfe der Reichsregierung durchzuführen ist, wäre

der, die Erhebung von Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung durch einen Zuschlag zum Krankenversicherungsbetrag zu bewirken und gleichzeitig mit diesem erheben zu lassen. Die Beträge würden in einer besonderen Klasse vermalet und durch Zuschüsse von Gemeinde und Staat verstärkt. Die Feststellung der Ursache der Arbeitslosigkeit, Kontrolle der Arbeitslosen, Ausrechnung der Tagegelder, Anweisung zu ihrer Erhebung wäre den öffentlichen Arbeitsnachweisen zu übertragen, so daß die Klasse lediglich die Einnahmen und Ausgaben zu verrechnen hätte. Ob und in welcher Weise sich bei diesen beiden Vorschlägen eine Mitwirkung der Gewerkschaften erreichen ließe, ist eine Frage für sich.

Es sei ausdrücklich betont, daß den vorstehenden Anregungen nur der Charakter von Skizzen eigen sein soll, die dem Bestreben entsprungen sind, Wege zu suchen für die Durchführung der Arbeitslosenversicherung, auf denen die Klippen des Zuschusses auch Unterstützungssysteme vermieden werden könnten. Ob es sich bei den vorstehenden Vorschlägen um gangbare Wege handelt, mag eine weitere Prüfung ergeben.

Jedenfalls liegt keine Veranlassung vor, die Frage einer Arbeitslosenversicherung gänzlich abzulehnen, wie dies in Nr. 22 der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ von Professor Dr. Moldenhauer geschieht. Es wird dort als Ersatz auf geeigneten Arbeitsnachweis, Notstandsarbeiten und Armenunterstützung verwiesen. Würden diese Mittel genügen, dann hätten heute schon manche Städte eigentlich keine Veranlassung mehr, an eine weitere Arbeitslosenfürsorge zu denken. Auch der vollkommenste und umfassendste Arbeitsnachweis wird in darniederliegenden Zeiten nicht in der Lage sein, allen Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen. Er kann dies, wenn man an die Verschiedenartigkeit der Arbeitslosigkeit der einzelnen Berufe denkt, nicht einmal in den besten Geschäftszeiten. Und für diejenigen, denen er solche nicht vermitteln kann, wird auch die bereit- und opferwilligste Stadt „an gemessene“ Notstandsarbeiten nicht in genügendem Maße bereitstellen können. Bleibt noch die Armenunterstützung, deren Bezug man gewiß einem Manne, der etwas auf sich hält, nicht zumuten möchte. Wenn dort weiter darauf hingewiesen wird, daß wir jährlich Hunderttausende fremder Arbeiter einführen, um unseren Bedarf zu decken, so dürften die Zahlen in dieser Allgemeinheit doch nicht als Beweis dafür angeführt werden können, daß ein Bedürfnis nach einer Arbeitslosenversicherung bei uns nicht besteht. Denn es ist nämlich bekannt, daß diese heringeholten Arbeiter zu einem großen Teile Saisonarbeiter sind, daß sie fast ausschließlich im Bergbau und in der Landwirtschaft Verwendung finden und auch dort nur finden können. Wie aber ein Mangel an ungelerten Arbeitern im Bergbau, in der Industrie und der Landwirtschaft die Arbeitslosigkeit in anderen, höhergeschulten Berufen aufheben oder auch nur wesentlich vermindern könnte, das dürfte eine Frage sein, die nicht so leicht gelöst werden wird. Und so sehr es richtig ist, daß, wenn man Handel, Industrie und Landwirtschaft in ihrer Entwicklung fördert, dadurch Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, ebenso richtig wird es auch sein, daß alle derartigen Maßnahmen nur von geringer Wirkung sein und nicht ausreichen werden, wenn der Arbeitsmarkt durch Ereignisse erschüttert wird, deren Ursachen auf internationale Gebiete liegen und die abzuwenden nicht in unserer Macht steht.

(„Soz. Prax.“)

Neue Patente

auf dem Gebiete der Holzbearbeitung

(Zwischen Oktober 1912 bis Mitte Januar 1913.)

(Schlag.)

Eine andere Erfindung betrifft eine „Vorrichtung zum Zusammenreiben und Leimen von Holz“ (252504) Firma G. Döbler in Eisleben, welche sowohl in mehrfacher Anordnung übereinander als Reihenwerkzeug, als auch einzeln benutzt werden kann. Gegenüber anderen Einrichtungen dieser Art soll der Erfindungsgegenstand besonders ein schnelles und leichtes Leimen jeder beliebigen Holzstärke gestatten, und besondere Einlagen oder Zwischenstücke erübrigen, die das Zusammen der Bretter beim Zusammenreiben verbinden. Zu diesem Zwecke werden die einzelnen übereinander gestapelten Stücke mit ständig abwärts geführten Seitenwandungen versehen. Diese legen sich im Gebrauch darauf auf die Bretter der darunter liegenden Holzvorrichtung, daß sie zugleich als Abstreifer gegen das abgewandte Holz dienen.

Ein „verbessertes Holzspanmaschinen-Modell“ (252505) hiesiger Maschinenfabrik vorm. Dillmann, besteht aus zwei mit gleichen Achsen verbundenen, in einander laufenden Rollen, von denen das äußere so gedrückt werden kann, daß die Drehung des inneren Rollens infolgedessen erfolgt. Die Erfindung kennzeichnet sich ferner dadurch, daß an dem drehbaren äußeren Rolle eine Pleuelange angebracht, die für gewöhnlich in eine Stellung des äußeren Rollens zu verstellen ist, in senkrechter Stellung festgehalten wird. Sie wird aber, um das innere Rollens leichter abzurufen, nach innen, um das Rollens leichter zu drehen, nach außen gefügt. Es ist bekannt, daß die Pleuelange der Pleuelange des inneren Rollens entspricht, wodurch sie für

die Konservierung von Hölzern besonders geeignet erscheinen. Praktisch vorgeschlagen wurden aber zu diesem Zwecke von den einfachen Verbindungen bisher nur die Fluorsalze der Alkalien (wie Fluornatrium) und die Schwermetalle (wie Fluorzinn), welche in Wasser verhältnismäßig leicht löslich sind. Schwerlösliche einfache Salze dagegen, wie Fluorcalcium, sind zu diesem Zwecke noch nicht vorgeschlagen worden. Der Grund liegt wohl darin, daß es unter gewöhnlichen Umständen nicht gelingt, daß Calciumfluorid als solches in so ausreichender Menge und in einer solchen Form im Holze zu fixieren, daß es stets in der Lage ist, seine konservierende Kraft auszuüben. Dies gelingt jedoch bei einem besonderen Verfahren zur Konservierung von Hölzern“ (252122, F. Vub in Eilenburg). Es besteht dasselbe in aufeinanderfolgenden Imprägnierungen mit einer Lösung der Calciumsalze von Sulfosäuren aromatischer Kohlenwasserstoffe (Naphthalin, Anthracen) oder Gemischen derselben und einer Lösung von Metallfluoriden. Dadurch entsteht ein Niederschlag, der die Zellwände auskleidet und in der ausgefärbten gelatinösen Form anhaltend antiseptisch wirkt.

Erwähnt sei sodann eine „Rindenschälmaschine“ (252506) Green Bay Barker Comp. in Wisconsin. Hier wird der auf Transportrollen liegende Holzstoss von einer mit Spigen besetzten doppelpapelförmigen Trommel gegen die Seilseiben angebracht, gedreht und vorgeschoben. Neu ist dabei dies: Der Trommelträger, der senkrecht zur Vorrichtung verschiebbar ist, wird in einer der Stammaufseite entsprechend gestalteten kurvenförmigen Bahn geführt. Diese ist so geformt, daß der Stamm selbst seine Vorschubtrommel zur Regelung des Vorschubes einstellt. Bei den bekannten Maschinen erfolgt die Einstellung der Vorschubwalze mit der Hand, während sie hier automatisch bewirkt wird.

Erfinden wurde auch eine „Einrichtung an Maschinen zur Herstellung von durchlöcher, bzw. hohlen Gegenständen aus Holzspanen“ (253376, U. Eichold in Friedrichsroda), beispielsweise von Gefäßen, Griffen, Köstchen für Setze und Zwirn, Perlen, Röhren und hohlen Gefäßen, wie Büchsen und dergleichen. Bei diesen Maschinen findet ein Hobel Verwendung, welcher bei jeder Hobelbewegung einen Span abnimmt, worauf der Span zu dem betreffenden Gegenstande zusammengerollt wird, wobei gleichzeitig mit der Arbeit des Spanhobels vor letzterem selbsttätig eine Leimschicht auf die Oberfläche des Holzes aufgetragen werden kann. Mangelhaft bei diesen Maschinen war es jedoch, daß es an einem Mittel fehlte, die Späne zuzuführen. Eben dies aber soll bei der Erfindung erreicht werden. Ein derartiges Zuführen des Spanes, wie es andererseits bereits vorgeschlagen worden ist, hat ja den Zweck, daß die betreffenden aus Spänen erzeugten Waren auf ihrer äußeren Fläche platt werden, das heißt, keinen Absatz aufweisen. Die patentierte Vorrichtung wirkt daher das an sich bekannte Zuführen des Spanes der Maschine selbst zu. Die Erfindung kennzeichnet sich durch folgende Neuerungen. Vor dem eigentlichen Spanhobel ist noch ein weiterer Hobel angeordnet, der in dem Hobelkasten drehbar gelagert und unter die Wirkung einer Feder gestellt ist. Das Maschinen-gestell besitzt im Anschluß an eine horizontale, feste Führung für den erwähnten Hölzspanhobel eine schräge Führung. Diese wird zweckmäßig durch zwei mittels Schrauben nachstellbare Zungen gebildet. Dabei ist diese Führung eine solche, daß der Hölzspanhobel beim Anlangen an ihr durch die ihn belastende Feder oder dergleichen herabgedrückt wird und alsdann einen schrägen Einschnitt in das Werkholz ausführt. Damit wird das Ende des Spans selbst-tätig an beziehungsweise zugeschnitten.

Unterstützt die Jugend!

Unter den Straßenpassanten begegnet man jetzt häufig festlich gekleideten Jünglingen und jungen Mädchen. Das Myrthensträußchen im Knopfloch oder Myrthenzweig im Haar, kommen sie von der Einsegnung und blicken nun hoffnungsfreudig in die Zukunft. Wie bald wird vieles anders werden? Sobald die jungen Leute aus der Schule entlassen sind, muß die übergroße Mehrzahl von ihnen in die Reihen der Erwerbstätigen eintreten, die Jungen als Lehrlinge oder jugendliche Arbeiter, die Mädchen als Lernende in irgend einer Branche oder in häuslichen Diensten.

Ganz andere Verhältnisse werden sie dann umfassen, und Gefahren aller Art bedrohen die jungen Menschenkinder, vor denen sie zu schützen die vornehmste Aufgabe aller wahren Menschenfreunde sein muß.

Wie kann diese Aufgabe am besten erfüllt werden? Doch nur dadurch, daß man die jungen Leute während ihrer Mußestunden zusammensührt in Jugendorganisationen. Hier ist die Stätte, wo sie Zerstreuungen und Anregungen aller Art finden, wo dem Frohsinn der Jugend Rechnung getragen, aber auch nicht versäumt wird, die jungen Freunde in geeigneter Weise auf die späteren Kämpfe im täglichen Leben vorzubereiten und sie zu tüchtigen und überzeugungstreuen Arbeitskollegen heranzubilden.

In welcher Weise dies geschieht, läßt sich mit Worten allein nicht schildern; man muß schon das Leben und Treiben in den einzelnen Abteilungen beobachten. Leider ist nicht jedem Gelegenheit gegeben, die Zusammenkünfte der Jugend öfter zu besuchen. Aber einmal mußte es jedem Kollegen möglich sein. Den Berliner Kollegen bietet sich die Möglichkeit, am Palmsonntag, den 16. März, wo die Soziale Kommission im großen Saale des Verbandshauses eine Jugendfeier veranstaltet. Dabei soll in Wort und Bild gezeigt werden, was unsere Jugendabteilungen wollen, und was sie treiben. Es wird hier das Angenehme mit dem Nützlichen zugleich verbunden: Durch Darbietungen verschiedenster Art bei freiem Eintritt werden den Besuchern einige genußreiche Stunden verschafft und der Jugend Gelegenheit gegeben, für sich selbst Propaganda zu machen.

Darum muß am 16. März die Parole lauten: Auf nach dem Verbands Hause zur Unterstützung und Gewinnung der Jugend. Ganz besonders sollten unsere Mitglieder bestrebt sein, die jetzt zur Entlassung aus der Schule kommenden Knaben und Mädchen zum Besuche dieser Veranstaltung zu veranlassen. Wir sind überzeugt, daß diese dann gern sich einer Jugendabteilung anschließen werden. Hier ist die Stätte, wo die Jugend ihre Befriedigung finden kann, wo aber auch unsere Vereine ihren tatkräftigen Nachwuchs sich heranbilden können.

Wir glauben, auf diese Veranstaltung recht eindringlich hinweisen zu sollen. Vielleicht wird dadurch der Anstoß zu ähnlichen Feiern auch anderswo gegeben. Die Zeit der Schulentlassung darf nicht vorübergehen, ohne daß überall Anstrengungen gemacht werden, unseren Jugendabteilungen neue Mitglieder zuzuführen.

Mundschau.

Zur Tarifbewegung im Malergewerbe. Von authentischer Seite wird uns mitgeteilt: In einer gutbesuchten Versammlung des Gewerkschafts der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. (Hirsch-Dunder), die am Freitag, den 7. März im Verbands Hause der Gewerkschaften tagte, wurde nach eingehender Aussprache folgende Entschliessung angenommen: In allen Betrieben, wo Maler oder Anstreicher ausgesperrt werden, haben sämtliche Kollegen die Betriebe zu verlassen, auch wenn für einzelne die Entlassung nicht ausgesprochen wird. In denjenigen Betrieben, deren Inhaber nicht Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sind, kann nach vorheriger Verständigung mit der Hauptleitung weitergearbeitet werden, wenn sich die Inhaber unter schriftlich verpflichten, alle bisher gezahlten Löhne angemessen zu erhöhen und einen Tarifvertrag abzuschließen. Zu den alten Bedingungen wird von Montag, den 10. März ab unter keinen Umständen weitergearbeitet. Damit dürfte zugleich die in manchen Zeitungen irrtümlich gebrachte Notiz, daß die Mitglieder der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften nicht mit ausgesperrt werden, hinfällig sein, denn auf solche „Bergünstigungen“ (???) verzichten dieselben im Interesse des Ansehens der Organisation ein für allemal. Die Arbeiterorganisationen sind bis zum besten Augenblick für den Frieden im Gewerbe gewesen, wenn man ihnen den Kampf aufzwingt, werden sie denselben auch entschieden zu führen wissen.

Württembergische Landesversammlung. Der Landesverband der Deutschen Gewerkschaften in Württemberg hält dieses Jahr am zweiten Osterfesttag von vormittags 10 Uhr ab in den Lokalitäten der Restauration „Zum Schiff“ (nicht „Der Linden“) in Ulm seine diesjährige Landesversammlung ab. Auf dieser Tagung wird der Vorsitzende des Zentralrates Kollege Gustav Gatzmann-Berlin über

„Wichtige Fragen in der deutschen Arbeiterbewegung“ sprechen. Ueber „Die neue Versicherungsbehörde nach der Reichsversicherungsordnung und unsere Aufgaben“ wird der Bezirksleiter der Holzarbeiter Kollege Barnholt-Ulm referieren. Bezirksleiter Fuchs-Cannstatt, vom Gewerbeverein der Metallarbeiter, dem die Geschäftsführung des Landesverbandes übertragen ist, wird den geschäftlichen Teil behandeln. Da diese Tagung im Hinblick auf den Verhandlungsstoff eine sehr interessante zu werden verspricht, sei nochmals auf zahlreiche Entsendung der Delegierten aller in Württemberg sich befindenden Ortsvereine der deutschen Gewerkschaften hingewiesen. Am ersten Ostertag treten die Delegierten der einzelnen Berufs-gewerkschaften zu Spezialkonferenzen in den von ihnen bezeichneten Lokalen zusammen.

Genossen, meidet den Schnaps! Diesen Schlachtruf lesen wir seit dem Leipziger Parteitag der Sozialdemokratie 1909 immer wieder in der sozialdemokratischen Presse. Wir stehen diesem Schlachtruf zustimmend gegenüber; nicht nur das, wir haben schon vor der Sozialdemokratie den Satz geprägt: „Deutsche Arbeiter, trinkt keinen Fusel mehr!“ Daß die Sozialdemokratie aber auch anders kann, vertrat uns die Gründung einer Niesenbranntweinbrennerei durch die Sozialdemokratie am 1. Oktober 1908 in Radwanitz. Diese edle sozialdemokratische Wohlfahrtseinrichtung hätte sicherlich zum „Wohle der Menschheit“, noch mehr aber zum Wohle des großkapitalistisch-sozialdemokratischen Herrn Dr. Benno Karpeles in aller Stille blühen und gedeihen können, wenn nicht der „Tiroler Wastl“ und das anarchisistische Wochenblatt „Der Wohlstand für Alle“ über diese faubere Gründung folgendes ausgeplauscht haben würden:

„Der „Kampf“ der sozialdemokratischen Abgeordneten gegen die Branntweinsteuer („damit dem Arbeiter nicht auch noch sein Gläschen Schnaps verteuert wird“ — schrecklich!) ist kein prinzipieller. Die Herren sind nicht Gegner von Steuererpressung durch die Staatsgewalt überhaupt, da sie selbst gewisse Steuern in Vorschlag bringen. Ihr „Kampf“ gegen die Branntweinsteuer ist aber auch kein sachlicher, sondern sie wehren sich einfach ihrer eigenen Haut, wie alle übrigen Branntweinbrenner. Nicht nur, daß die Sozialdemokratie den Alkoholgenuss unter den Arbeitern in den den Brauereien gehörigen und von der Sozialdemokratie für diese geführten sozialdemokratischen „Arbeiterheime“ fördert, besitzt sie selbst eine derartige Arbeitervergiftungsfabrik. In der Liste der protokollierten Firmen zu Teschen ist folgendes zu lesen: „Radwanitz b. Währ.-Ostau. Erste mährisch-schlesische Arbeiterbrauerei und Mälzerei, Staret & Co. Offene Handelsgesellschaft seit 1. Oktober 1908. Gesellschafter Ferdinand Staret und Dr. Benno Karpeles.“

Interessant zu wissen ist, daß die Herren Staret und Karpeles zu den ersten Führern der Sozialdemokratie der österreichischen Monarchie gehören und im großkapitalistischen Sinne die Branntweinbrennerei betreiben. Der „Wastl“ hat denn auch dem roten Schnaps einen auf das bekannte Tanzduett zu pfeifenden Vers folgenden Inhalts geweiht:

Komm' und gründ' auch in Tirol
So 'nen Duell für Alkohol;
Komm' doch, komm' und sei net fad,
Es ist um jedes Tupperl schad,
Das man faust und nicht gekrannnt
Du uns hast im heil'gen Land.
Zalalala la—la—la . . .

So sorgen die sozialdemokratischen „Arbeiterführer“ unermüdet für das Wohl der Menschheit!

Mehr als eine Million Krankenkassenmitglieder in Groß-Berlin. In den Krankenkassen von Groß-Berlin, worunter außer Berlin noch 11 Vorstädte und Vorortgemeinden hinzuzunehmen sind, sind jetzt mehr als eine Million Mitglieder eingeschrieben. Nach einer Zusammenstellung aus dem Ende des vergangenen Jahres hatten die Krankenkassen von Groß-Berlin insgesamt 1 003 014 Mitglieder. Aus dieser Ermittlung geht aber auch hervor, in welchem gewaltigen Umfang die Frauen in das Erwerbsleben einbezogen worden sind; denn den 601 493 männlichen Kassenmitgliedern standen 401 521 weibliche Kassenmitglieder gegenüber. Es kamen also fast genau auf drei männliche zwei weibliche Kassenmitglieder. Namentlich in den letzten beiden Jahren hat die Vermehrung der weiblichen Kassenmitglieder wieder Fortschritte gemacht. Von Ende 1909 bis Ende 1911 haben sich in den Krankenkassen Groß-Berlins die männlichen Mitglieder um 11 331 vermehrt, dagegen die weiblichen Mitglieder um 75 098. Von den im Dezember vermittelten Mitgliedern waren 927 451 Pflichtmitglieder und 75 563 freiwillige Mitglieder. Am stärksten traten die freiwilligen Mitglieder bei den Frauen hervor; denn während sich 52 541 Frauen freiwillig versichert hatten, betrug die Zahl der freiwillig versicherten Männer nur 23 022.

Lohnbewegung.

Frage zu fernhalten nach Frankfurt a. D., Königsberg (Union-gießerei), Kybnitz (Drechsler), Stolp (Firma Wolf).

Patentschau.

Mitgeteilt vom Verbands-Patentbureau Johannes Koch, Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 59. — Auskünfte kostenlos.

- Angemeldete Patente:
Nl. 38f. R. 36 496. Verfahren zum Ausbessern schadhast gewordener hölzerner Hohlgefäße. Fritz Kauschenbach, Leipzig-Schleusig. Angemeldet 12. 10. 12.
Nl. 68b. R. 35 271. Ein- oder mehrflüglige Fenster mit senkrechtem, mittels Trag- und Führungsstiften in Nuten des Futterrahmens geführtem Oberflügel und mit festem Kämpfer. Paul Rosenkranz, Leipzig-Volkmarisdorf. Angem. 30. 3. 12.

- Gebrauchsmuster:
Nl. 34i. 540 032. Zeichentisch mit in der Höhen- und Schräglage verstellbarem Reißbrett. Fa. R. Reß, Liebenwerda. Angem. 14. 1. 13.
Nl. 34i. 540 061. Vereinigter Schreib- und Waschtisch. Heinrich Schowalter, Friedrichsfeld in Baden. Angem. 18. 1. 13.
Nl. 34i. 542 091. Möbel mit plattenförmigem Ober- teil, mit Feststellvorrichtung für Verlängerungs- platten. Carl Gluck, Nürnberg. Angemeldet 15. 1. 13.
Nl. 34i. 542 286. In Büreaumöbel einsetzbares Traggelüst für Briefordnerchiebladen. Grüne- wald's Registrator Co., Hannover. Angem. 5. 2. 13.
Nl. 38a. 542 074. Blattfäße, deren Griff mit einem feststellbaren Seilnet versehen ist. Friedrich Sporer, Nürnberg. Angem. 30. 8. 12.
Nl. 38e. 541 544. Vorrichtung zur Befestigung von Fräsemeßern auf ihren Trägern. F. Rebstock, Straßburg i. E. Angem. 20. 1. 13.
Nl. 38e. 542 402. Vorrichtung zum Einlassen von Schlössern an Türen, Schubkasten von Möbeln u. dgl. Albert Ebner, Ehlingen a. N., Württ. Angem. 21. 1. 13.

Aus den Ortsvereinen.

Andsbach. Am Sonntag, den 9. März, nach- mittags 3 Uhr, hielt der Ortsverein der Holzarbeiter seine ordnungsgemäße Monatsversammlung im Restaurant Halbmond ab. Der Vorsitzende, Kollege Rösch, eröffnete die gutbesuchte Versammlung um 1/4 Uhr und begrüßte die Anwesenden. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt war, kam auch die Ausperrung im Malergewerbe zur Sprache, und wurde mitgeteilt, wie ein organisierter Maler auf Verlangen des Werkstätteninhabers weiter arbeiten sollte, damit dessen Werkstätte nicht total lahm- gelegt wäre, da die in dieser Werkstätte beschäftigten Gehilfen ohne Ausnahme organisiert sind. Dieses Ansinnen des Arbeitsgebers wurde jedoch glatt ab- gelehnt. Wir sehen aus diesem Vorkommnis wieder, daß es Pflicht eines jeden Kollegen ist, jederzeit auf dem Posten zu sein, wenn wir gezwungen werden, den Kampf aufzunehmen. Nur ein ge- schlossenes Vorgehen ermöglicht ein für die Arbeiter- schaft befriedigendes Resultat. Es wollen daher alle Gewerkschaftskollegen sich ihrer Aufgabe be- wußt sein und durch eine rege Agitation alle noch fernstehenden den Deutschen Gewerkschaften zu- führen.

Berlin. (Modell- und Fabrikfischer.) Am Sonnabend, den 8. März, hatten wir eine gut besuchte Branchenversammlung zu verzeichnen, an der auch eine größere Anzahl Damen teilnahmen. Nachdem der geschäftliche Teil der Tagesordnung erledigt war, hielt der Obmann der Branche einen sehr interessanten Vortrag über: „Die Entstehung des Roheisens.“ Vor dem Jahre 1856 war es nur möglich, mit dem sogenannten Frischen und Buddeln durch mehrstündige und mühsame Hand- arbeit 200—400 Kilo Roheisen zu erzeugen. Jetzt dagegen kann ein einziger erfahrener Arbeiter mit Hilfe besonderer maschineller Einrichtungen in ganz kurzer Zeit ca. 10 000—15 000 Kilo Roheisen in Stahl verwandeln. Durch diese rapide Entwidlung ist denn auch der Preis pro Tonne (10 000 Kilo) von 1000 M. auf 100 M. heruntergegangen. Das gewöhnliche Roheisen aus dem Hochofen enthält 2,3 Prozent und mehr Kohlenstoff, das schmiedbare Eisen nur 0,6 Prozent. Der Stahl steht zwischen diesen beiden in bezug auf Kohlenstoff, während durch Zusatz von gewissen anderen Metallen, wie Mangan, Nickel und Chrom, auch bei geringerem Kohlenstoffgehalt eine größere Härte — die Stahl- härte — erreicht wird. Im flüssigen Eisen ist der Kohlenstoff wahrscheinlich gleichmäßig gelöst in Form von Eisenkarbid; dieser scheidet bei langsamem Er- kalten als sogenannte Karbidflocke in gleichmäßiger Verteilung aus. Anders ist es dagegen bei schnellem Erkalten (Abbrechen im Wasser). In diesem Falle bleibt der Kohlenstoff in gelöster Form erhalten und bedingt die bezeichnete Härte des Stahls. Bei der heutigen Gewinnung des Stahls aus Roheisen ist die Hauptfache die Verminderung des Kohlenstoffes und die Reinigung von Silicium, Kohle, Schwefel, Phosphor und Mangan. Es geschieht dies durch Zuführen von Sauerstoff zu dem flüssigen Eisen, wodurch der Kohlenstoff größtenteils verbrennt und in Gasform entweicht, die übrigen Verunreinigungen aber mit Sauerstoff verbunden in die Schlacken ge- trieben werden. Da dieser Prozeß nur sehr lang- sam vor sich gehen kann, so kam Vorsemer auf den Gedanken, die ganze Menge flüssigen Eisens in allen Teilen mit dem Sauerstoff der Luft in Verbindung

zu bringen und damit den Stahlbildungsprozess erheblich zu beschleunigen, durch Zuhilfenahme eines starken Zylindergebläses, wodurch eine sehr schnelle Verbrennung der betreffenden Verunreinigungen stattfand und eine Hitze von 1800 bis 2000 Grad erreicht wurde. Es ist durch diesen Prozess möglich, 10-15 000 Kilo auf einmal zu verarbeiten. Während man nun früher einen Frisch- oder Puddelofen oder auch Herdofen benutzte, fertigte der englische Ingenieur die nach seinem Namen benannte Bessemerbirne, ein aus 2 Teilen bestehender und mit feuerfestem Ton ausgekleideter Ofen. Unterteil Gusseisen, das Querteil besteht aus starkem Blech und ist mit Ziegel aus Quarz resp. Kieselsäure ausgekleidet. Durch Zusatz von Spiegeleisen in größerer oder kleinerer Menge erzielt man ein härteres oder weniger hartes Produkt. Da man jedoch in einem solchen Ofen nur phosphorarmes Eisen (englisches) verwenden konnte, so kamen Thomas und Gilchrist auf den Gedanken, den Ofen mit einer aus Dolomit und Magnesit bestehenden Masse auszukleiden, welches den Phosphor begierig aufsaugt und zugleich bindet. Für Deutschland war dieses eine bedeutende Errungenschaft, indem durch dieses Verfahren erstens deutscher Eisenstein verbraucht werden konnte, und zweitens bildete sich durch die Auskleidung der Birne mit Magnesit oder Dolomit durch Auffangung des Phosphors in diese die sogenannte Thomaschlacke, welche gemahlen ein sehr wertvolles Düngemittel ergibt. Was nun früher nach dem englischen Verfahren resp. Auskleiden der Birne für Deutschlands Eisenindustrie nicht gut zu verwenden war, hat sich nach dem jetzigen Thomas-Gilchrist'schen Verfahren als sehr wertvoll herausgestellt. Daher ist es auch erklärlich, daß die deutsche Eisenindustrie gegenüber der englischen einen so bedeutenden Aufschwung genommen hat. Trotzdem gebührt dem englischen Ingenieur das Verdienst, den Stahl von heute zu einem Universalmetall der Welt gemacht zu haben. — Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine Darlegungen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt und trat hierauf die Fideiussas in ihre Rechte. Nach den gut gepielten Klängen der Orchestromode walzten die Paare um die Wette. Eine kleine Verlosung, die manch heiteren Moment erzeugte, deckte die Unkosten für den unterhaltenden Teil des Abends. Auch hier zeigte die Leitung der Branche, daß sie es sehr wohl versteht, ernste Organisationsarbeit mit Gemütlichkeit zu verbinden.

Saarbrücken. Die Deutschen Gewerksvereine (D.-G.) haben bekanntlich sich auch zur Aufgabe gemacht, bildend auf die Arbeiterschaft einzuwirken. Ein voller Erfolg in dieser Richtung war die am 4. März stattgefundene Besichtigung des hiesigen königlichen Instituts für Hygiene und Infektionskrankheiten. Herr Professor Dr. Lenz schilderte zunächst Entstehung und Zweck des Instituts und betonte, daß nach den Aufsehen erregenden Entdeckungen des großen Forschers Dr. Koch schon gleich die Anregung gegeben wurde, überall, wo besonders viel ansteckende Krankheiten vorkommen, solche Institute zu gründen. Den Anfang machte das damals stark verjüngte schlesische Industriegebiet. Dann wurde aus Mitteln der kaiserlichen Schatzkammer auch in Saarbrücken zunächst eine kleinere Anstalt gegründet, die 1912 zu einem großen Institut mit allen modernen Einrichtungen ausgebaut wurde. Hauptzweck sollte der Impus bekämpfen werden. Dabei handelt es sich in erster Linie darum, die Krankheit zweifelsfrei zu erkennen, wozu Proben der Abgänge und evtl. des Blutes der Kranken eingehend und untersucht werden. Dann soll die Umgebung der Kranken beeinflusst werden nach den

Lehren der modernen Gesundheitspflege (Hygiene). Sehr wichtig ist ferner eine längere Beobachtung der Genesenden, die meist noch lange Zeit ihre Umgebung gefährden und zu Bazillenträgern werden können, während sie sich persönlich gesund fühlen. Hier liegt es im Allgemeininteresse, solche Personen nicht sobald wieder vollkommen frei arbeiten zu lassen und ihnen auch die Mittel zu lehren, wie sie sich und ihre Umgebung schützen. Das beste Schutzmittel ist Reinlichkeit des Körpers, gesunde und luftige Wohnungen, in denen die Menschen nicht zu eng beieinander wohnen usw. Auf großen Karten waren die Kurven eingezeichnet, an denen man das ständige Fallen der Krankheitszahlen feststellen konnte. Nach dem Vortrag fand dann ein Rundgang durch das Institut statt und konnten alle den handarbeitenden Ständen angehörigen Besucher einen Einblick tun in die Werkstätte der sogenannten Kopfarbeiter. Da war ein vollständig eingerichtetes Pestlaboratorium, das aber hoffentlich wohl nie gebraucht wird. In den andern Räumen aber standen in Brutöfen, die auf Körpertemperatur eingestellt waren, Glaskeller mit künstlichen Nährböden, auf denen die Bazillen gezüchtet werden. Projektions- und photographische Apparate wurden gezeigt, mit denen man in vieltausendfacher Vergrößerung die Schmarozker im Wilde darstellen kann usw. Höchst befriedigt waren die sehr zahlreichen Besucher, und Arbeitersekretär Eden sprach allen aus dem Herzen, als er dem Herrn Professor und seinen Mitarbeitern den lebhaftesten Dank aussprach. Man sah es den Teilnehmern an und hörte es aus der Unterhaltung, die sich nachher entwickelte, daß keinem die Stunden gereuten, die er geopfert hatte, um den Reppertsberg hinauf- und hinab zu steigen um sich dort oben von zuborkommenden Gelehrten Aufklärung geben zu lassen. Alle boten denn auch ein Bild musterhafter Aufmerksamkeit und zeigten schon dadurch, daß sie das Entgegenkommen der Leitung des Instituts zu würdigen wußten.

Literarisches.

Die Charonbewegung. Ihr Begründer Otto zur Linde führt die Monatschrift: „Charon“ nun schon im zehnten Jahr. Er hat einen ganzen Kreis vorzüglicher Dichter um sich geschart, die als „charontische Dichter“ in den Literaturgeschichten gekennzeichnet werden. Bei Dr. Albert Sörgel (Voigtländer), Prof. Rich. W. Meyer (Volksausgabe) und Dr. Karl Stork erfährt die Charonbewegung und auch gerade die Monatschrift Charon eine verdiente und zum Teil sehr eingehende Würdigung. Es handelt sich bei der Charonbewegung um eine Weiterführung und Synthese der sich überall sonst heftig besehnden Richtungen des Naturalismus und Formalismus. Es ist damit etwas ganz Neues erreicht, und eine Möglichkeit gegeben, wieder hoffnungsvoll in die Zukunft der deutschen Dichtung zu schauen, die zu einem Ende gekommen schien, von wo aus es scheinbar kein Weiter gab. Dem Herausgeber des Charon, Otto zur Linde, muß es zum Lobe angerechnet werden, uns in zehnjähriger, treuer Arbeit mit Dichtern vom Können Karl Röttgers, Rudolf Paulsens, Erich Bodenstills bekannt gemacht zu haben. Von Charondichterinnen seien genannt: Verena zur Linde, Franziska Otto und Julie Krufe. Die alle, wie die Charondichter selber, durch ihre Bücher der Literatur neue Wege gebahnt haben. Mit diesem Kreise charontischer Dichter, um die sich ein Kranz jüngerer Mitarbeiter der Monatschrift schart, bekannt zu werden, lohnt sich für den

Punktlebhaber durchaus. Wir erwarten noch Eüchtiges von der Charonkunst. Der Charon, Monatschrift für deutsche Dichtung, erscheint im Charon-Verlag zu Berlin-Lichterfelde, kostet jährlich 6 M. und kann im Probequartal zu 1 50 M. bei allen Buchhandlungen, notfalls vom Verlag bezogen werden.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Bremen. Nächste Nummer.

Die Jungen können und die Alten müssen sterben!

Deshalb versichere jeder Kollege sich und seine Frau auch für den Sterbefall. Die besten Bedingungen bietet hierzu unsere

Begräbniskasse

Bei 13wöchentlicher Mitgliedschaft wird an Sterbegeld gezahlt bei einem Wochenbeitrag

von 5 Pf. = 90 M. Eintrittsalter bis zu 45 Jahren,
 „ 8 „ = 144 „ „ „ „ 45 „
 „ 10 „ = 180 „ „ „ „ 40 „

Das Eintrittsgeld beträgt für jede Person 25 Pf. Anmeldungen zur Aufnahme nimmt der Kassierer des Ortsvereins entgegen.

Zur Beachtung für die Ortsvereinskassierer.

Es wird hiermit darauf hingewiesen, daß der Beitrag für die Werksch-Marken, in keinem Falle mit unserem Gelde zusammen an den Unterzeichneten gesandt werden darf, da hierdurch zu leicht Irrtümer und Verwechslungen in der richtigen Buchung entstehen. Geld und nicht verkaufte Marken sind nur an den Verbandskassierer Klein zu senden.
 W. Ziefke, Hauptkassierer.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 11. Wochenbeitrag für das Jahr 1913 fällig

Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

Sonnabend, den 15. März 1913: Bezirk Charlottenburg. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Piesch, Goethestr. 59, Bezirksversammlung.

Sonntag, den 16. März 1913: Bezirk Nord und Bautischler. Vorm. 9 1/2 Uhr, b. Mattausch, Brunnenstr. 143, Bezirksversammlung.

Einspeler. Die wegen Besichtigung des Krematoriums verschobene Branchenversammlung findet nicht am 17. März, sondern am Sonntag, den 16. März, vorm. 9 1/2 Uhr, bei Zimmermann, Kurzestr. 17 (nahe Alexanderplatz) statt.

Sonnabend, den 22. März 1913: Bezirk Ost und Möbeltischler. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Zimmermann, Kopenstr. 65, Bezirksversammlung. Bezirk Südoß und Klavierarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Wollschläger, Adalbertstr. 21, Jahlabend und Vertrauensmännerversammlung. Bezirk Stieglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, im Bienenstöckchen, Schloßstr. 66, Bezirksversammlung. Modell- u. Fabrik-tischler. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Schröder, Stettiner Straße 50, Jahlabend.

Vollzähliger Besuch aller Versammlungen ist notwendig. Die Verwaltung

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Ortsverein Berlin.

Am Sonntag, den 16. März, vorm. 9 1/2 Uhr, im Verbands-haus, Greifswalder Str. 21/23

Allgemeine Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:
 Abstimmung über den Vertrag.
 Freigabebuch legitimiert.
 Entwerfen aller A. Gegen dringend so wichtig.
 Die Verwaltung.

Ortsverein Neufölln.

Sonnabend, den 15. März 1913
 8 Uhr, Greifswalder Str. 143.

Versammlung.

Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen.
 Der Ausschuss.

Drechsler

genannt... H. Meschkat, Bremen.

Die Deutschen Gewerksvereine im Strome des öffentlichen Lebens

von F. Jarnholt.

Vorzüglich zur Lektüre geeignet und den Ortsvereinen zum Vertrieb an die Mitglieder angelegentlichst empfohlen. Um den Verkauf zu fördern und für die Ortsvereine lobnend zu gestalten, haben wir den Preis wie folgt festgesetzt:

1 Stück 0,10 M.
 25 „ 2,00 „
 50 „ 3,50 „
 100 „ 6,00 „

Die Brochüre soll nicht bloß an unsere Mitglieder, sondern auch an die Mitglieder der anderen Gewerksvereine und an sonstige Arbeiter verkauft werden. Bestellungen sind an das Hauptvertrieb, Greifswalder Str. 21/23, zu richten. Die Sendung der Brochüre erfolgt kostenfrei gegen Vorweisung des Betrags.

Der Arbeitsnachweis des Breslauer Bezirks

besucht in Breslau, Krasack 31.
 — Die Karte der Arbeitsnachweise werden gegen eine kleine oder mehrere Rubeln gegen Auftrag zu erhalten. Die Bezirksleitung.

Hrobenhain.

Der Arbeitsnachweis und die Anstaltstelle in allen Rechtsfragen. Gesuchen u. dgl. befindet sich b. Ortsverbandsvorsitzenden. Kol. Hermann Haack, Fabrikstraße 1.

Nur 87 Pf. pro Quartal

kostet die beliebte, gutredigierte Wochenschrift für Sozialpolitik und nationale Kultur, der in Magdeburg wöchentlich einmal erscheinende

„Mitteldeutsche Kurier“

mit seiner 8seitigen Gratis-Unterhaltungsbeilage. — Probenummern durch den Verlag. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Landbriefträger, sowie der Verlag, Magdeburg, Katharinenstraße 1/2, entgegen.

Grosse Jugendfeier

am Sonntag, den 16. März, abends 6 Uhr, im Verbands-haus der Deutschen Gewerksvereine, Berlin NO, Greifswalder Strasse 221 23, in Form eines

Unterhaltungsabends

Musikalische Darbietungen, Vorführungen und Vorträge, Lebende Bilder. Nachertanz

Eintritt frei. Tanz 30 Pf., Jugendliche frei

Hierzu ladet alle Jugendlichen sowie alle Gewerksvereinskolleginnen und -Kollegen freundlichst ein

Die Soziale Kommission Das Komitee
 E. Jordan C.L. Bergmann F. Neustedt